

Küng: "Klasnic-Kommission leistet Großartiges"

St. Pöltner Bischof traf mit Waltraud Klasnic und den Mitgliedern der Opferschutzkommission zusammen
07.09.2010

Wien, 07.09.2010 (KAP) Der St. Pöltner Bischof Klaus Küng ist am Dienstag in Wien mit der Unabhängigen Opferschutzbeauftragten Waltraud Klasnic und den Mitgliedern der Opferschutzkommission zusammengetroffen. Im Gespräch mit "Kathpress" am Rande des Treffens zeigte sich Küng mit der Arbeit der Kommission und den gesetzten Maßnahmen sehr zufrieden. Küng wörtlich: "Ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind. Der Einsatz von Frau Klasnic und ihrer Kommission ist großartig."

Bischof Küng gab bekannt, dass sich die von der Bischofskonferenz errichtete "Stiftung Opferschutz" in der kommenden Woche konstituieren wird. Im leitenden Kuratorium der Stiftung sind die Ordensgemeinschaften durch den Vorsitzenden der Superiorenkonferenz, Propst Maximilian Fürnsinn, und die Vorsitzende der Vereinigung der Frauenorden, Sr. Kunigunde Fürst, vertreten. Seitens der Bischofskonferenz wurden Waltraud Klasnic, Bischof Küng sowie die Leiterin der Kontrollstelle der Bischofskonferenz (Controlling), Rita Kupka-Baier, entsendet.

Bischof Küng erläuterte, dass über die Stiftung die freiwilligen finanziellen Hilfeleistungen für Missbrauchsoffer abgewickelt werden sollen. Grundlage dafür seien die Empfehlungen der Unabhängigen Opferschutzkommission, die für die Kirche "verbindlichen Charakter" hätten. Er sei zuversichtlich, so der Bischof, "dass die Zusammenarbeit gut funktionieren wird". Er hoffe auf eine rasche Klärung der Missbrauchsfälle und eine möglichst unbürokratische Hilfeleistung, etwa im Fall von Therapiekosten.

Bischof Küng betonte, dass er sich im Rahmen seiner Tätigkeit "besonders um einen Konsens zwischen allen Beteiligten, seien es Opfer, Täter oder deren Vorgesetzte, bemühen" werde. Er schloss nicht aus, dass es in Einzelfällen auch zu Gerichtsverfahren kommen könne.

Möglichst rasch sollte nach der Aufarbeitung aller Fälle dann das Thema Prävention im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen, betonte der Bischof mit Blick darauf, dass Missbrauch ein die ganze Gesellschaft betreffendes Problem sei.

Die Kirche habe durch die Missbrauchsfälle einen großen Vertrauensverlust erlitten, räumte Küng ein. Zugleich warnte er eindringlich vor Pauschalverdächtigungen gegen Priester und Ordensleute. Bei der Priesterausbildung müsse sehr stark auf die Auswahl geachtet werden, betonte der Bischof. Es brauche "junge und gesunde Menschen, die sich in den Dienst Gottes und der Menschen stellen wollen".

Opferschutzanwaltschaft: Bisher 433 Betroffene gemeldet

Wie die Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft am Dienstag nach der Sitzung der Opferschutzkommission in einer Pressemitteilung bekanntgab, hätten sich bis Anfang September 433 Betroffene gemeldet, davon rund 75 Prozent Männer und 25 Prozent Frauen. Von diesen Meldungen würden ungefähr je die Hälfte auf sexuellen Missbrauch bzw. physische und psychische Gewalt entfallen. Dabei gebe es auch zahlreiche Betroffene, die Opfer sowohl von sexuellem Missbrauch als auch von Gewalt wurden.

Opferschutzanwältin Waltraud Klasnic habe in der Sitzung über die Tätigkeit während der Sommermonate berichtet, wonach es seit Juli eine deutliche Zunahme von über 130 Meldungen gegeben habe. In den letzten beiden Monaten seien zahlreiche Gespräche mit Betroffenen geführt, Sofortinterventionen vorgenommen und Therapien eingeleitet worden.

Dass nunmehr die Bundesländer - oftmals angelehnt an das Modell der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft - Initiativen für Anlaufstellen und Entschädigungen für Opfer in staatlichen Heimen ergriffen haben, werde von der Unabhängigen Opferschutzkommission ausdrücklich begrüßt, heißt es in der Aussendung weiter. Mehrere Mitglieder der Kommission hätten bekanntlich immer wieder die Wahrnehmung dieser staatlichen Verantwortung gefordert.

Weiters heißt es in der Presseaussendung, das von Seiten der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft beabsichtigt sei, noch im Herbst erste Beschlüsse zu Entschädigungszahlungen zu fassen. Die Unabhängige Opferschutzkommission lade daher alle Betroffenen ein, sich möglichst noch bis Jahresende bei der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft zu melden, "um einen Gesamtüberblick zu bekommen und rasch und unbürokratisch helfen zu können".

Die Kommission habe darüber hinaus weitere Soforthilfen sowie die Weiterleitung von zwei Sachverhaltsdarstellungen an die jeweils örtlich zuständige Staatsanwaltschaft beschlossen.

Informationen zur Opferschutzanwaltschaft im Internet unter www.opfer-schutz.at. (Kontakt: Tel.: 01/2953838 bzw. mobil: 0664/9807817; E-Mail: office@opfer-schutz.at; Neu: Tel: 05/0245 vom Festnetz aus zum Ortstarif aus ganz Österreich)

© 1947-2010 by KATHweb: ein elektronischer Informationsdienst der Österreichischen Katholischen Presseagentur KATHPRESS. Alle Rechte vorbehalten.

Web:

<http://www.kathpress.at/content/site/nachrichten/database/34497.html?SWS=6111c0181ad0983fc8682df91ad3ec33>